

# ¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 726

Mittwoch, 31. März 2021

28. Jahrgang

## Inhaltsverzeichnis

Corona-Impfung: Wird der richtige Weg eingeschlagen?.....	1
Giammattei zu Ostern: Vertrauen auf Verantwortung der Menschen, sich selbst zu schützen.....	2
Indigene Gemeinde beantragt beim Verfassungsgericht Entscheid über Landrechte.....	3
Gesetzesinitiative der MLP für Rücknahmen von Privatisierungen und für ein ‚Gutes Leben‘.....	3
Ex-Mitglieder der Bürgermilizen (PAC) werden 2022 wegen sexueller Gewalt angeklagt.....	4
Die Anwaltskanzlei für indigenen Völker klagt über weiteren Einbruch in ihr Büro.....	5
Kongress lehnt Überweisung von 20 Millionen Quetzales an die PDH ab.....	5
Huelga de Dolores a la Pandemia: die Studierenden bleiben auf ihrem Campus.....	6

### Corona-Impfung: Wird der richtige Weg eingeschlagen?

**Guatemala, 26. März** – Vor einen Monat hat das Ministerium für öffentliche Gesundheit und Soziales (MSPAS) den Beginn der Impfungen gegen Covid-19 in Guatemala erklärt. Nun haben Fälle von Impfungen bei Personen, die nicht unter die Phase 1 des nationalen Impfplans fallen, die Bevölkerung empört.

Am vergangenen Mittwoch, den 23. März, wurde bekannt, dass Medizinstudent\*innen im Erstsemester der Universidad Francisco Marroquín (UFM) gegen Covid-19 geimpft wurden, ohne zu den medizinischen Fachkräften zu gehören. Auch wenn die Gesundheitsministerin, Amelia Flores, sagte, dass diese zu Forschungszwecken geimpft worden seien, hielt sie das Geschehen für unfair. „Wir führen Gespräche mit den Universitäten, um diese Fälle aufzuklären. Manche sagen, sie seien unwichtig, aber ich sehe Probleme, zumal es sich um Jugendlichen handelt, die in der Ausbildung sind und denen ethisches Handeln beigebracht werden muss“, so Flores.

Zu diesem Fall gesellt sich der des Bürgermeisters von Villa Canales, Julio Marroquín, der sich in der Datenbank des Ministeriums eintragen liess, um die Impfung gegen Covid-19 zu erhalten und dies damit begründete, dass er der Vertreter der kommunalen Kliniken in dieser Gemeinde sei. Diese Woche gaben Abteilungsleiter\*innen des MSPAS in einer Anhörung der grössten Oppositionspartei Nationale Einheit der Hoffnung (UNE) bekannt, dass der Bürgermeister sich selbst für die Impfung gegen Covid-19 registriert habe, ohne zu den ersten Versorgungskräften zu gehören. „Er hat sich selbst zum Leiter der städtischen Kliniken gemacht“, sagten sie.

### Ministerium betont die Verantwortung der Gesundheitsbereiche

In ähnlicher Weise wurde im Ministerium hervorgehoben, dass die 29 Gesundheitsbereiche auf nationaler Ebene für die Umsetzung des Plans zuständig seien. La Hora hat die Presseabteilung gefragt, ob es ein Register von Impfbeschwerden bei Personen gibt, die nicht als prioritär eingestuft wurden. Diese hat jedoch darauf hingewiesen, dass sie die Daten, „falls vorhanden“, durch einen Antrag auf Zugang zu Informationen anfordern würden. Angesichts dessen stimmten verschiedene Gesundheitsexpert\*innen darin überein, dass der nationale Impfplan Covid-19 von den verschiedenen Regionen nicht eingehalten werde, obwohl sie der Ansicht sind, dass der Prozess gestärkt werden könne.

### Die Herausforderung, den Kurs zu halten

Mit Spenden aus Israel, Indien und den ersten Mittelzuweisungen im Rahmen des COVAX-Mechanismus hat Guatemala 286.600 Dosen Covid-19-Impfstoff erhalten, die zur Immunisierung von Personal verwendet werden soll, das für die Notfallversorgung im Zusammenhang mit der Pandemie unerlässlich ist. In dieser ersten Phase wurden bereits diese Beschwerden über „Impfdrängler\*innen“ registriert, um die man sich kümmern müsse, bevor sie überhand nähmen. Darüber hinaus plant das Gesundheitsministerium die Anschaffung von Impfstoffen für bis zu 10,6 Millionen Menschen, die in den nächsten Phasen des Plans berücksichtigt werden sollen und die die Behörden vor die Herausforderung

stellen, Impfungen zu verhindern, die nicht der festgelegten Reihenfolge folgen.

Bis heute hat das Land gemäss dem Covid-19-Lagebericht des MSPAS 83.076 Impfungen für die erste Dosis registriert, und das Ministerium muss noch die Beschaffung weiterer Impfungen sicherstellen und Millionen von Guatemalte\*innen gegen das Virus impfen.

### **PDH fordert: Aus Fehlern lernen**

Zulma Calderón, Gesundheitsverteidigerin der Ombudsstelle für Menschenrechte (PDH), sagte, dass das Informationssystem des Gesundheitsministeriums „die grösste Schwäche“ sei. Sie bezieht sich darauf, dass es Datensätze in Excel-Datenbanken, aber auch handschriftliche Listen gebe, was zu Impfung von Menschen einlade, die nicht unter Phase 1 fallen. Darüber hinaus wies sie darauf hin, dass die Aussage des Gesundheitsministeriums, dass jede\*r seine Daten in das System eingeben könne, ein „relevantes Problem“ sei, denn es zeige, dass es keine „Kontrolle über die Impfprogramme für ihre Bürger\*innen“ habe.

„Es wurde die perfekte Kulisse für all das Chaos geschaffen, das es gibt, und heute ist die Folge, dass Impfstoffe Personen verabreicht werden, die es nach der Impfphase nicht dürften. Dadurch wird nicht nur die Transparenz, sondern auch die Glaubwürdigkeit der Behörden weiter geschwächt“, sagte sie. Calderón wies darauf hin, dass es „nicht genügend Schulungen“ für die Leiter\*innen der Gesundheitszentren und der Krankenhauszentren gegeben habe. So betonte sie, dass das für das Krankenhauswesen zuständige Staatssekretariat eine „entscheidende Rolle“ am Tag der Impfung spielen sollte. So empfehle sie, „aus Fehlern zu lernen“, um die notwendigen Anpassungen vor Beginn der Phase 2 der Immunisierung vornehmen zu können.

### **COLMEDEGUA: Es fehlt geschultes Impfpersonal**

Luis Ranero, Präsident des Kollegiums der Ärzt\*innen und Chirurg\*innen von Guatemala (COLMEDEGUA), stellte fest, dass der Fall der Studierenden ein „totaler Missbrauch“ durch die Gesundheitsbehörden und die Universität gewesen sei, weil diese keine praktische Arbeit an Patient\*innen machten und daher nicht unter Phase 1 des Programms gefallen seien. „Für uns als medizinisches Gremium war das eine schreckliche Nachricht. Wir fühlen uns zutiefst beleidigt in einer Zeit, in dem noch mehr als 60% der Ärzte geimpft werden müssen, also jene, die wir bereits ein Jahr voller Arbeit in der direkten Pflege von Covid-19-Patient\*innen hinter uns gebracht haben“, erklärte er.

Darüber hinaus wies er darauf hin, dass seit dem 18. Februar öffentlich die Ineffizienz des Registrierungssystems angeprangert worden sei und vier Änderungen vorgenommen worden seien, so dass nur noch der Einheitliche Identifizierungscode (CUI) akzeptiert werde. Laut Ranero beruhte dieser auf dem ersten Vorschlag, der von COLMEDEGUA vorgelegt worden war, aber es habe „eine erhebliche Verzögerung bei der Registrierung der Berufsangehörigen“ gegeben.

In diesem Zusammenhang sprach er davon, dass dies ein „Spiegel der Desorganisation und ein Misstrauen gegenüber der eigenen Programmplanung“ sei, die vom Gesundheitsministerium genehmigt wurde. Ranero sagte weiter, dass sein Verband diesen Freitag ein Treffen mit den MSPAS-Behörden abhalten werde, um vorzuschlagen, dass die Standorte des Kollegiums zur Beschleunigung des Prozesses zu Impfstellen werden. (La Hora)

## **Giammattei zu Ostern: Vertrauen auf Verantwortung der Menschen, sich selbst zu schützen**

**Escuintla, 26. März** - Präsident Alejandro Giammattei nahm an diesem Tag an der Eröffnung der Campus des Nationalen Präventionssystems in der Osterwoche (SINAPRESE) am öffentlichen Strand von Puerto de San José in Escuintla teil. Trotz der Empfehlungen, sich nicht zu versammeln und die Ausbreitung des Virus zu verhindern, erklärte der Präsident, dass diesmal im Gegensatz zu 2020 keine Massnahmen zur Einschränkung der Fortbewegung verhängt würden. «Wir haben beschlossen, die Bewegungsfreiheit nicht wie im letzten Jahr einzuschränken», sagte der Beauftragte.

### **Laut Giammattei „ist die dritte Welle noch nicht bei uns“**

Gleichzeitig fügte er hinzu: „Dank der Tatsache, dass die dritte Welle uns noch nicht erreicht hat, werden wir nicht mehr Einschränkungen als die festgelegten Bestimmungen anordnen. Wir werden den Menschen die Verantwortung überlassen, sich um jeden von uns zu kümmern.“ „Anstatt Strände voller Müll zu sehen, sollten wir Strände voller glücklicher und zufriedener Menschen sehen, die diese Osterwoche ohne Beschränkungen geniessen“, sagte Giammattei während des Starts der Kampagne ‚Mein sauberer Strand‘.

Das Gesundheitsministerium (MSPAS) berichtete hingegen auf einer Pressekonferenz über die dritte Welle der Covid-19-Infektion im Land, konkret über eine Zunahme der Bettenbelegung mit schwer infizierten Patient\*innen im Nationalen Krankenhausnetz. Francisco Coma, als stellvertretender Gesundheitsminister für Krankenhäuser zuständig, berichtete, dass die Kliniken in den Departements Chiquimula, Quetzaltenango, Suchitépéquez und Retalhuleu einen Anstieg der Zahl schwerer Fälle von Covid-19-Erkrankten mit einer Auslastung von mehr als 100% melden.

Darüber hinaus erklärte Lorena Gubern, Leiterin der Abteilung für Epidemiologie im Gesundheitsministerium, dass „die Pandemie in den ländlichen Teil“ abwandere.

Während seines Besuches in Escuintla überreichte Giammattei 10.000 Masken und erklärte: „Es geht darum, den Hafen von San Jose in Alarmstufe Gelb zu halten, er ist sehr nah an Alarmstufe Grün und hat keine Beschränkungen“. (...)

### **CONRED in Alarmbereitschaft und bietet Präventions- und Kontrollstellen**

Von Karfreitag bis zum 5. April werde SINAPRESE laut Behörden an 28 Standorten aktiv sein. Oscar Cossio, Exeku-

tivsekretär der Nationalen Koordination für Katastrophenvorsorge (CONRED), wies darauf hin, dass die lokalen, kommunalen und nationalen Koordinatorinnen derzeit in Alarmbereitschaft seien.

Die Kontrollstellen werden in den Departements Izabal, Petén, Alta Verapaz, Sololá, Champerico, Retalhuleu und in Puerto San Jose, Escuintla von 6 Uhr morgens bis 20 Uhr Sicherheitsdienste, Vorsorge und Informationen bereitstellen. Die CONRED riet der Bevölkerung, aufgrund der gesundheitlichen Situation des Landes die Hinweise der Gesundheitsbehörden zu beachten, wie z. B. das Tragen von Masken, körperliche Distanz und Händewaschen. (La Hora)

## Indigene Gemeinde beantragt beim Verfassungsgericht Entscheid über Landrechte

**Santa Elena Samanzana II, 25. März** - Heute Morgen führte das Verfassungsgericht eine virtuelle öffentliche Anhörung im Zusammenhang mit dem Fall 1377-2020 durch, bei dem es sich um einen Antrag auf Schutz der indigenen Gemeinden in Santa Elena Samanzana II, Alta Verapaz, geht. Dabei soll Präsident Alejandro Giammattei gezwungen werden, der Gemeinde die Vergabe, den Zugang und die Legalisierung von Land zu ermöglichen.

Die Antragsteller\*innen wiesen darauf hin, dass Präsident Giammattei es versäumt habe, die von den organisierten Gemeinden und dem dritten Klagenden, dem Bauernkomitee des Altiplano (CCDA), am 25. November 2019 an die Regierung gerichtete Petition zu klären. Die Antragsteller\*innen forderten die Richter\*innen des CC auf, bei der Urteilsverkündung den Rechtsbeistand zu gewähren und den Präsidenten der Republik anzuweisen, ihre Landrechtsfälle zu lösen. Ersteres müssten die mit dem Bauernkomitee des Altiplano und mit den indigenen Gemeinde Santa Elena Samanzana II und Caserío Granada I unterzeichneten Vereinbarungen eingehalten werden; und zweitens müsse ein Zeitplan für die haushaltsrechtliche und institutionelle Erfüllung der Verpflichtungen festgelegt werden. Die Antragsteller\*innen forderten die Richter des CC auf, mit der Urteilsverkündung den Präsidenten rechtlich bindend aufzufordern, die Petition zu bearbeiten, in der der Staat Guatemala sich verpflichtet hat, Forderungen nach Zuteilung, Zugang und Regularisierung von Land zu erfüllen, die er bisher nicht erfüllt hat.

„Wir ersuchen den Gerichtshof, bei der Entscheidung den von den Antragsteller\*innen gegen den Präsidenten Alejandro Giammattei erhobenen Rechtstitel für richtig zu erklären, die Rechtsstellung wiederherzustellen und uns den beantragten verfassungsrechtlichen Schutz zu gewähren. Die zuständige Behörde wird aufgefordert, den Antrag unverzüglich zu bearbeiten, indem sie die erforderlichen Informationen und Verfahren zur Verfügung stellt, um die Einhaltung der staatlichen Vereinbarungen, die für die Gemeinden getroffen wurden, durchzusetzen“, erklärten sie.

Darüber hinaus wurde gefordert, eine Frist für die endgültige Beantwortung der gestellten Forderungen festzulegen und, falls dies für angemessen erachtet wird, den Verantwortlichen eine Bescheinigung über deren Haftung für Nicht-Erfüllung zu erteilen, die sich aus diesem Verfahren ableiten lässt.

Lorenzo Pop, geistlicher und rechtlicher Vertreter der Gemeinden, sagte den Verfassungsrichter\*innen: „Wir sind gekommen, um zu fordern, dass unsere Rechte als indigene Völker Guatemalas respektiert werden. Wir haben Probleme, weil wir wegen der Ermordung indigener Bauernführer für die Verteidigung unseres Territoriums vor Gericht gestellt werden.“ (siehe dazu das Beispiel von Bernardo Xol Caal im letzten Heft, d.Red.)

Auch Gilda Toledo von der Staatsanwaltschaft (MP) wies darauf hin, dass die angefochtene Behörde verpflichtet sei, eine Entscheidung zu treffen und mitzuteilen: „Angesichts der untersuchten Massnahmen des Schutzrechts ergibt sich, dass die angefochtene Behörde tatsächlich nicht die Bestimmungen des Artikels 28 der Verfassung erfüllt hat und dass sie daher feststellt, dass sie, unabhängig davon, wie sie es selbst zu einem Lösungsweg steht, verpflichtet ist, die Versprechungen gegenüber den indigenen Gemeinschaften einzuhalten.“ (La Hora)

## Gesetzesinitiative der MLP für Rücknahmen von Privatisierungen und für ein ‚Gutes Leben‘

**Guatemala, 24. März** - Die Fraktion der Bewegung für die Befreiung der Völker (MLP) hat eine Gesetzesinitiative mit dem Titel ‚Rückgewinnung von Gütern und öffentlichen Dienstleistungen, die für das gute Leben der Guatemalte\*innen unentbehrlich sind‘ vorgelegt, mit der die privatisierten Dienstleistungen und Unternehmungen zurückgewonnen werden sollen.

Die Fraktionschefin der MLP, Vicenta Jerónimo, erklärte, dass der Vorschlag von den organisierten Völkern ausgehe. (...) „Diese Initiative wurde aus dem Widerstand und der Bekämpfung von Missbräuchen der grossen nationalen und transnationalen Unternehmen geboren. Sie will Güter und Dienstleistungen zurückgewinnen, die durch korrupte Veräusserung von Vermögenswerten und Konzessionen zur Nutzung von Ressourcen, die als Menschenrecht deklariert wurden“, bekräftigte die MLP in einer Pressemitteilung.

Zu Beginn dieser Legislaturperiode war die Kongressabgeordnete Vicenta Jerónimo dagegen, dass der Kongress die Lebensmittel, die den Abgeordneten in den Sitzungen der Fraktionschefs serviert werden, aus staatlichen Mitteln bezahlt. Das hat ihr heftige Kritik seitens der Abgeordneten des Regierungsbündnisses eingebracht, insbesondere von Álvaro Arzú Escobar, dem ehemaligen Parlamentspräsidenten.

### Was will die Gesetzesinitiative erreichen?

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die vorrangig zurückzugewinnenden Güter diejenigen sind, die öffentlich zugänglich

sind und laut Artikel 121 der Verfassung Staatseigentum sein sollten. Gemeint sind alle Gewässer, einschliesslich Seen, Flüsse, Hänge, Bäche, Wasserfälle und Quellen, Grundwasser und Wassereinzugsgebiete. Weiterhin unterirdische Kohlenwasserstoff- und Minerallagerstätten sowie alle anderen organischen oder anorganischen Stoffe unter der Erde, sowie Funkfrequenzen und frei zugängliche Fernsehkanäle und Telefonleitungen (Festnetz, Handy und Internet). Darüber hinaus gehörten zu den öffentlichen Gütern die Erzeugung, Transport, Vermarktung und Verteilung von Strom, (...) und andere Güter, die von der einzurichtenden Kommission für die Wiedererlangung der privatisierten Gütern und Dienstleistungen bestimmt werden sollen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass diese Kommission aus dem Generalstaatsanwalt der Nation (PGN) und zwei Vertreter\*innen der Maya-Völker, Garífunas, Xincas und Campesinos bestehen soll. Die Initiative erlaubt auch die Aufhebung einer Reihe von Konzessionen an Unternehmen, ohne dass der Staat Guatemala dafür in Haftung gehe:

- Konzessionen zur Nutzung natürlicher Ressourcen,
- Rundfunk- und Fernsehkonzessionen,
- Lizenzvergabe für die Nutzung von Flüssen für Wasserkraftwerke.

Der Entwurf sieht auch vor, dass der Staat die Mittel, die er aus der Rückgewinnung von Gütern und Dienstleistungen erwirtschaftet werden, in Infrastrukturprojekte in Kommunen, in ein Sozialprogramm mit dem Namen „Buen Vivir“, in die Verbesserung und Erweiterung der Leistungsabdeckung, in die Stärkung der für die Überwachung und Kontrolle der ordnungsgemässen Nutzung von Gütern zuständigen Stellen und in die Forschung zur Entwicklung von Technologien zur Bewahrung der natürlichen Güter steckt. Das „Gute Leben-Programm“ solle demnach vom Ministerium für soziale Entwicklung durchgeführt werden. Es besteht aus einer monatlichen finanziellen Unterstützung von 500 Q (= 53,67 €) für Menschen über 50, alleinerziehende Mütter, Witwen und Menschen mit Behinderungen, und 3.000 Q (322 €) pro Jahr für Familien in extremer Armut. Sobald dieses Gesetz in Kraft trete, müsse der Kongress neue Gesetze über Bergbau, Kohlenwasserstoffe, Telekommunikation, Elektrizität und Wasser verabschieden, sieht die Initiative vor. (La Hora)

## **Ex-Mitglieder der Bürgermilizen (PAC) werden 2022 wegen sexueller Gewalt angeklagt**

Rabinal, 25. März - Im Januar nächsten Jahres wird der Prozess gegen drei ehemalige Mitglieder der Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen (PAC) beginnen, die der sexuellen Gewalt zwischen 1981 und 1985 angeklagt sind, begangen an 36 einheimischen Maya-Frauen der Achi. Der Richter der Strafgerichtskammer B, Miguel Ángel Gálvez, entschied am Mittwoch dieser Woche, dass sie sich einer mündlichen und öffentlichen Gerichtsverhandlung stellen müssen.

Nach vielen Verzögerungen werde damit endlich ein Gericht und die Gesellschaft die Aussagen der Achi-Frauen aus Rabinal, Baja Verapaz hören, die seit über 40 Jahren darauf warten, über die Gewalt zu berichten, die die ehemaligen PAC und ehemaligen Militärs gegen sie ausgeübt haben, erklärte die Anwältin Lucia Xiloj, Vertreterin von 29 Frauen, unterstützt von der Anwaltskanzlei des Volkes (ABJP) Rabinal.

In Bezug auf die angesprochenen Verzögerungen verwies Xiloj auf eine Anhörung vom 21. Juni 2019, als Richterin Claudette Domínguez die Ex-Militärs Bembenuto und Bernardo Ruiz Aquino, Damián Cuxum Alvarado, Pedro Sánchez Cortez, Simeón Enriquez Gómez und Félix Tum Ramirez freigelassen hatte.

Im Mai 2018 wurden die ehemaligen PACs bei einer Polizeieinsatz gefasst und Richterin Domínguez von der Strafgerichtskammer A stellte sie wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht und schickte sie in Untersuchungshaft in die Militärbrigade Marschall Zavala, Zone 17 der Hauptstadt. In der Zwischenphase verfügte sie jedoch die vorläufige Einstellung der Untersuchung gegen die ersten drei Angeklagten und die endgültige Einstellung in Bezug auf die anderen drei Angeklagten. So wurden alle freigelassen.

Im August desselben Jahres starb das ex-PAC-Mitglied Juan Guzmán Torres eines natürlichen Todes im Untersuchungsgefängnis. Er war zusammen mit den sechs bereits genannten Personen festgenommen worden. Ihn allen wurde sexuelle Gewalt vorgeworfen, begangen in den Häusern der Achi-Frauen, in der Nähe ihrer Gemeinden oder im ehemaligen Militärkommando Rabinals. So hatte es Impunity Watch aus den Aussagen der Opfer ermittelt.

Die jetzige Anhörung wurde auf Antrag des Staatsanwaltes (MP) durchgeführt, der die Wiederaufnahme der Strafverfolgung der ex-PAC-Mitglieder forderte. Letzten Montag konnte die MP ihre Argumente darlegen und erneut um die Eröffnung des Verfahrens bitten, was Richter Gálvez nach einer Analyse der vorgelegten Ermittlungsmittel zusagte, wie Rechtsanwältin Xiloj erklärte. Die MP argumentierte, dass einer der Hauptgründe dafür, dass die Richterin Claudette Domínguez die Freilassung der Angeklagten beschoss, das offensichtliche Fehlen von Informationen seitens des Verteidigungsministeriums darüber sei, unter welchen Umständen die PAC damals gegründet worden ist.

Rechtsanwältin Xiloj versicherte, dass es in der internationalen Rechtsprechung wichtige Dokumente über den Wert der Aussagen von Opfern sexueller Gewalt gebe, die der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (CIDH) gesammelt habe. Es könne demnach nicht als Rechtfertigung herangezogen werden, zu sagen, dass Informationen im Prozess fehlten, weil ‚nur‘ die Opfer selbst Aussagen über die erlittene sexuelle Gewalt gemacht hätten. Richterin Domínguez sagte, dass es keinen Beweis dafür gebe, dass diese Personen das Verbrechen begangen hätten, obwohl die Opfer sie vollständig erkannt und identifiziert hätten, betonte die Anwältin. Nach Ansicht der Anwältin gebe es Hoffnung für die Achi-Frauen, weil ein Gericht über die von ihnen angeprangerten Vorfälle urteilen wird.

„Wir werden erfahren, was sie zu sagen haben, was sie brauchen, welche Auswirkungen ihr damaliges Leiden für sie hatte und irgendwann werden sie in der Lage sein zu erklären, was sie immer wieder gesagt haben. Denn was sie vor allem wollen, ist, dass sie gehört werden“, sagte sie. Die ABJP hofft, dass ihr Antrag auf eine weitere Diskussion über diesen Fall angenommen wird und dass im Januar 2022 die Prozesse gegen die ehemaligen PAC-Mitglieder vor der Strafgerichtsammer A unter dem Vorsitz von Richterin Yassmin Barrios stattfinden werden.

Im Oktober letzten Jahres entschied Richter Gálvez auch, den Milizionär der PAC, Francisco Cuxum Alvarado, vor Gericht zu stellen, weil er der Ansicht war, dass es genügend Beweise für seine Beteiligung an dem Fall sexueller Gewalt gegen die Achi-Frauen gab. Cuxum Alvarado war kürzlich von den USA ausgeliefert worden. (Prensa Comunitaria)

## Die Anwaltskanzlei für indigenen Völker klagt über weiteren Einbruch in ihr Büro

**Guatemala, 25. März** - Die Anwaltskanzlei für indigene Völker gab Details über den Einbruch bekannt, den sie am 21. und 22. März in ihrem Büro erlitten habe. Wendy Geraldina López, Leiterin der Kanzlei, erklärte, dass sie nicht genau wüsste, zu welchem Zeitpunkt und an welchem Datum der Raub stattfand, bei dem alle Türen aufgebrochen und acht Computer gestohlen wurden.

Auf einer Pressekonferenz am Donnerstag sagte López, dass die Türen ihres Büros allesamt aufgebrochen, einige persönliche Gegenstände zerstört und ihre Schliessfächer aufgebrochen wurden. López vertrat die Ansicht, dass aufgrund der Art des Rechtsstreits zugunsten der traditionellen Autoritäten der indigenen Völker und der indigenen Frauen das Ziel der Täter\*innen darin bestünde, sensible Informationen über die Prozesse zu stehlen und sie so einzuschüchtern. „Es ist ein Einschüchterungsversuch, weil wir der Meinung sind, dass, wenn es ein gewöhnliches Verbrechen gewesen wäre, andere Wertsachen mitgenommen worden wären, aber das war nicht so“, sagte sie.

Zu den Fällen, die die Kanzlei bearbeitet, gehören die Eingaben, die sie gegen die Wahl von Richter\*innenn der höheren Gerichte, gegen den Kongress, die Anwalt\*innenkammer (CANG) und den Obersten Gerichtshof (CJ) unternommen hat. López sagte, dass sie sogar eine Verfügung gegen die Wahl der Richter\*innen des CC durch Präsident Alejandro Giammattei und den Prozess, durch den das CC gewählt wurde, vorbereitet hätten. Die Kanzlei führe auch Aktionen gegen Bergbauunternehmen und strategische Rechtsstreitigkeiten zugunsten von Verteidiger\*innen durch, die von diesen Unternehmen kriminalisiert werden, sagte die Direktorin. Die Absicht des Einbruchs war es, die Informationen mitzunehmen, sagte López und fügte hinzu, dass dies für sie ein ermutigender Moment sei, weil es bedeute, dass ihre Arbeit Wirkung zeige. „Der Staat ist nicht auf unserer Seite, wir haben Gerechtigkeit für unsere Geschwister Verteidiger\*innen gefordert. Leider schlagen sie auf uns ein in der Absicht, unsere Arbeit zu bremsen. Offenbar ist unser Team stärker denn je“, sagte sie.

In einer Erklärung forderte die ‚Kanzlei für indigene Völker‘ den Staat auf, im Zuge einer Untersuchung die materiellen und intellektuellen Verantwortlichen zu identifizieren und die Sicherheit der Personen der Kanzlei zu gewährleisten und die Einschüchterungen einzustellen. (Prensa Comunitaria)

## Kongress lehnt Überweisung von 20 Millionen Quetzales an die PDH ab

**Guatemala, 23. März** – In der Plenarsitzung des Kongresses stimmten die Abgeordneten zwar mit 75 zu 16 Stimmen für die Überweisung von 20 Millionen Quetzales an die Ombudsstelle für Menschenrechte (PDH) (wie im Haushaltsplans 2020), aber da für die Annahme mindestens 81 Stimmen erforderlich waren, ist die Überweisung abgelehnt.

Dies geschah, obwohl die PDH am 15. März 2021 das Verfassungsgericht (CC) darum bat, die Entscheidung gegen den Vorstand des Kongresses zu bestätigen, da dieser den Prozess der Auszahlung der Mittel nicht fortgesetzt hatte, obwohl das Gericht zwei Anordnungen zur Überweisung der Mittel erteilte.

Am 18. November 2020 gewährte das CC dem PDH vorläufigen Rechtsbeistand, da das CC angab, dass sie nicht das im Dekret 25-2018 genehmigte Gesamtbudget erhalten habe, obwohl das Finanzministerium die Mittel an die Legislative überwiesen hatte. Nach Angaben der PDH sind die 20 Millionen Q für die Zahlung der Gehälter von mehr als 700 Arbeitnehmer\*innen vorgesehen.

Am 15. Februar beschloss das CC, die Vollstreckung der vorläufigen, vom Kongressvorstandsausschuss nicht eingehaltenen einstweiligen Verfügung zu anzuordnen, und wies ihn an, die Resolution vom 18. November zu befolgen. Bis heute jedoch wurden die Entschliessungen von der Legislative ignoriert.

## Plenum diskutiert den Haushalt der PDH

Während der Plenarsitzung erklärte der Abgeordnete Álvaro Arzú Escobar für die Unionistische Partei, dass das Abkommen 8-2020, das das Budget der PDH angeblich auf 120 Millionen Q veranschlage, nur 100 Millionen Q betragen würde. Er fügte hinzu, dass bei der Annahme dieses neuen Haushaltsplans die PDH weitere 20 Millionen Q erhalten würde, d. h. 140 Millionen Q, was mehr wäre als die PDH verlangt. Er erklärte, dass er inhaltlich nicht dagegen sei, sondern dass seine Partei dieses Verfahren für unangebracht halte.

Hingegen kritisierte der Abgeordnete von SEMILLA, Samuel Pérez, dass der Ombudsmann für Menschenrechte, Jordan Rodas, anscheinend um seinen Haushalt betteln müsse. „Es geht nicht darum, den Park Bicentenario oder irgendetwas anderes zu finanzieren, das keinen Sinn macht, sondern darum, dass Kürzungen hier auf Kosten der Verteidigung der Menschenrechte gehen“, fügte er hinzu. Er sagte ausserdem, dass einige Menschen darüber beunruhigt seien, dass die PDH eine der schwersten Menschenrechtsverletzungen offenlege, nämlich Korruption und Plünderung. Abschliessend bemerkte er, dass die Abstimmung zeigen werde, wer für Korruption und wer für die Menschenrechte stimme. Dagegen sagte Manuel Conde, Abgeordneter der Nationalen Fortschrittspartei (PAN), dass das Budget der PDH 100 Millionen Q betrage, obwohl jetzt von 120 Millionen Q gesprochen werde. Darüber hinaus betonte er, dass der Ombudsmann offenbar Ressourcen „vergeudet“ habe, indem er fleissig Leute einstellte und dann am Ende des Jahres keine Möglichkeit habe, die Leistungen für seine festangestellten Mitarbeiter zu zahlen. (La Hora)

## Huelga de Dolores a la Pandemia: die Studierenden bleiben auf ihrem Campus

**Guatemala, 26. März** - Studierende der Universität San Carlos erfinden die Huelga de Dolores (den Streik der Schmerzen) neu und gehen durch die Strassen ihres Campus. Im Gegensatz zu früheren Jahren verläuft die Huelga der Universität von San Carlos de Guatemala (USAC) im Jahr 2021 anders, da die Studenten nicht wie traditionell durch die 18 Strassen des historischen Zentrums gehen, sondern Aktivitäten auf dem Universitätscampus ausüben.

Nach Angaben von Mitgliedern des Streikkomitees sind einige Aktivitäten in diesem Jahr aufgrund der durch das Corona-Virus verursachten Notlage anders: Weil der Streik Tausende von Guatemalteq\*innen anzieht, haben sie beschlossen, die USAC nicht zu verlassen, auch wenn sie natürlich weiterhin Forderungen an die Regierung stellen, vor allem im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Pandemie und dem Impfprozess.

Batz, Vertreter des Streikkomitees, sagte: „Es ist wichtig, die Notwendigkeit der kritischen und analytischen Botschaft der Studierenden von San Carlos anzuerkennen, die sich in dem jahrhundertealten Instrument der Huelga de Dolores ausdrückt. Deshalb sind wir auf dem Universitätscampus. Wir sehen dies als Erinnerung daran, dass die Studierenden bereits in den 1980er Jahren beschlossen, auf dem Campus zu bleiben, um dort Schutz [*vor der Repression der Militärjuntas, d.Red.*] zu finden. Aber in diesem Fall ist die globale Bedrohung der Pandemie der Grund dafür.“

Er fügte hinzu, dass alle notwendigen Sicherheitsmassnahmen ergriffen wurden, um eine Ansteckung unter den Teilnehmer\*innen zu verhindern, die mit der für sie charakteristischen Satire Botschaften gegen die Regierung überbringen werden.

Andere Gruppen entschieden sich jedoch, auf die Strasse zu gehen und sich auf der Plaza de la Constitución zu konzentrieren, wo es zu Schwierigkeiten beim Verkehr kam, sagte Amílcar Montejo, Sprecher von Emetra.

### Ursprung

Seit Jahrzehnten wird der Schmerzensfreitag von Studierenden der USAC mit Buffo-Paraden, allegorischen Wägen und Satire gedacht, um wichtige Ereignisse anzuprangern, die die Gesellschaft betreffen.

Der guatemalteqische Historiker Fernando Urquizú bemerkte, dass diese Feier aus dem Gedenken an Ereignisse von grosser Bedeutung wie die Unterzeichnung der Unabhängigkeit hervorgehen und dass sie dadurch gekennzeichnet war, dass sie „auf eine fröhliche, aber elegante Weise“ Missstände anprangert.

Er fügte hinzu, dass sich im Laufe der Zeit manches zum Guten und manches zum Schlechten entwickelt habe, „aber diese Tradition ist immer noch das Ventil für viele Studierenden, um gegen die Regierung zu klagen.“ (Prensa Libre)

### ¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>  
[www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)

### Redaktion:

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)  
Theresa Bachmann - [theresabachmann95@web.de](mailto:theresabachmann95@web.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel  
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

### Abo-Verwaltung: [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnent: 100 €  
Abo in der Schweiz: Jahresabonnent 85.-CHF

### Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6